

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

12.1.1873 (No. 10)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

10

Preis 1 fl. 18 kr. durch die Post bezogen
1 fl. 20 kr. Vierteljährlich.

Sonntag 12. Januar

Verantwortlicher: Dr. v. S. v. S.
die gedruckte Zeitungs- und Druck-
Kunst 4 Kreuzer.

1873

Bestellungen auf unser Blatt werden fortwährend von allen Postanstalten und Landpostboten angenommen.

Deutschland.

* Karlsruhe, 11. Jan. Der Tod Napoleons hat die politische Welt nicht allzu sehr überrascht — sie war nach den letzten Bülletins gefaßt darauf; aber die Nachricht hat im Hinblick auf ein so reich bewegtes Leben, das uns den Höhepunkt menschlichen Ruhmes und Glanzes wie den Abgrund menschlicher Hinfälligkeit so nahe zusammen vor Augen legte, auf jeden denkenden und fühlenden Menschen eine erschütternde Wirkung hervorgerufen. Mehr als die Wende des Jahres, die den Rückblick auf eine kurze Spanne Zeit gebieterisch fordert und den Einblick in uns selbst verlangt, hat diese Botschaft uns zum Nachdenken aufgefordert; freilich haftet der Blick hier nicht auf dem engen Rahmen eines einzigen Jahres, sondern schweift weit zurück auf ein Leben, das ein großes und großartiges Stück Weltgeschichte in sich trägt und vielen Geschichtschreibern kommender Tage ein unermessliches Feld für Kritik und Betrachtung darbietet. Wir werden auf Ludwig Napoleon Bonaparte in Kürze zurückkommen.

* Karlsruhe, 10. Jan. Wir lesen im „Pfälzer Boten“ folgenden Anschlag des Dr. Michelis am schwarzen Brett der Universität Heidelberg:

„Ich viete eine in zwei wöchentlichen Stunden, wofür ich vorläufig Montag und Mittwoch von 5—6 Uhr Abends ansehe, publice zu haltende Vorlesung an über die geschichtliche Entwicklung des naturwissenschaftlichen Artbegriffes von Platon bis Darwin. Die einleitende Vorlesung wird am Mittwoch den 8. Jan. sein im Hörsaal Nr. III. Heidelberg, 6. Jan. 1873. Dr. Fr. Michelis, Professor der Philosophie.“

Die erste Vorlesung ist nun bereits gehalten worden und die „Landesztg.“ drückt sich über den Beifall, der dem Dr. Michelis dabei geworden ist, mit wahrhaft köstlicher Naivetät dahin aus: „Namentlich thaten die Studenten durch beifälliges Trommeln mit den Füßen ihr Möglichstes.“

Wir wissen nun nicht, in wie fern sich die Unterschrift „Professor der Philosophie“ auf die Universität Heidelberg bezieht. Bis jetzt haben wir nicht im „Staatsanzeiger“ gelesen, daß Michelis zum Professor an der Universität Heidelberg ernannt worden sei, auch hat er unseres Wissens keine ein-

zige der Bedingungen erfüllt, welche einem Docenten für die *venia docendi* auferlegt werden. Es wäre interessant und notwendig, näheren Aufschluß aus Kreisen zu erhalten, die in der Lage sind, hierüber Zuverlässiges mittheilen zu können; insbesondere auch, ob es wahr ist, daß die protestantische theologische Facultät ihm theologische Vorlesungen gestatten wolle, die sich natürlich von den protestantisch-theologischen Collegien nur durch den Namen „altkatholisch“ unterscheiden würden. Da der Altkatholicismus allein zur *venia docendi* unseres Wissens noch nicht berechtigen kann und hiezu insbesondere auch die Genehmigung des Ministeriums des Innern erforderlich ist, so wäre es höchst wichtig, über alle diese Dinge genaue und zuverlässige Informationen zu erhalten; wir würden sehr dankbar sein über hierauf bezügliche Aufschlüsse, da die im „Pfälzer Boten“ bis jetzt gebrachten Mittheilungen den Kern der Sache nicht berühren.

* Karlsruhe, 10. Jan. Zwei schöne Seelen sind sich in die Haare gerathen, — es handelt sich dabei aber auch um nichts Geringeres als um den Vorrang in der Weltstellung: Die „Kölnische Zeitung“ und die „Augsburger Allgemeine“, Beide auf den Rang von Weltblättern bekanntlich Anspruch erhebend. Wir begreifen, daß die Augsburgerin etwas scheel auf die Kölnerin sieht, da diese, wenn auch nicht mehr im Aufsteigen, so doch eine höhere Stufe erklommen hat, als auf der die erstere jetzt noch steht. Fuimus Troes, darf diese, feufzend schönerer Tage, als noch der würdige und geniale Kolb als oberster Leiter an der Spitze stand, jetzt mit Fug und Recht ausrufen, wo sie sich täglich mehr dem gewöhnlichen Scandalton liberaler Schimpfblätter nähert. Doch hören wir den äußeren Grund des Streites, dessen tiefere Ursachen im Reid der alten Augsburgerin liegen, jenem schändlichsten Laster, das schon Herodot seiner Geschichtschreibung vorausgeschickt und als die Ursache alles menschlichen und politischen Glendes bezeichnet hat. Die „Augsb. Allgemeine“ schrieb: „Selbst das größte rheinische Blatt, das erst vor wenigen Wochen zu gerechtem Erstaunen zu seiner Vertretung an der Börse ein industriöses und in seinen Betriebsmitteln nicht sehr wählerisches Annoncenbureau zugelassen, soll jetzt dem Vernehmen nach im Begriff stehen, seine weitere Verwertung einem Consortium anzuvertrauen.“ Die „Kölnische“ wehrt sich nun entschieden gegen das Consortium; dagegen ist ihre Art und Weise sehr schwach, wie sie sich den Tadel wegen des „in seinen Betriebsmitteln nicht sehr wählerischen Annoncenbureaus“ vom Halse zu saffen sucht. In

Betreff des Consortiums, dem sie sich angeblich verkaufen solle, bemerkt die „Kölnische“ sehr giftig: „Wenn sich die Augsb. Allgemeine etwa mit ihrer Vercaufung: „dem Vernehmen nach“ salbiren will, so möchten wir ihr vorhalten, daß wir unter solcher Form auch die Behauptung aufstellen könnten, „das größte Blatt am Reich“ sei seiner Zeit an Oesterreich verkauft gewesen; denn daß diese Angabe im Publicum weit verbreitet war, kann der „Allg. Ztg.“ nicht fremd geblieben sein.“ Wären wir an der Stelle der „Allgemeinen“, so würden wir einfach erwidern: dem Vernehmen nach soll auch das größte Blatt am Rhein seiner Zeit (anno 59!) an Frankreich verkauft gewesen sein; denn daß diese Angabe im Publicum weit verbreitet war, kann der „Kölnischen Zeitung“ selbst (vergleiche Ausweisung aus hunderten von Lesegesellschaften!) nicht fremd geblieben sein.

Karlsruhe, 9. Jan. Bei der morgen stattfindenden Zählung des Viehstandes und der landwirthlichen Haushaltungen ist, wie wir bereits mittheilten, für die letzteren die Größe der bewirthschafteten Bodenfläche anzugeben. Diese Angaben werden in mannigfacher wichtiger Hinsicht statistisch zu verwenden sein; es wird sich daraus z. B. eine Eintheilung der ländlichen Wirthschaften in Gruppen nach der Betriebsfläche von 1, 2, 3, . . . 10, 20 cc. Morgen, eine Darstellung des Verhältnisses der Zusammensetzung dieser Flächen nach Acker und Wiese, Eigenthum und Pachtländerei u. s. w. sowohl für jene Gruppen, als für Gemeinden, Bezirke und das Land, die Ermittlung des Verhältnisses des Viehstandes zu der Größe der Wirthschaften u. s. w. ergeben.

Da nun jede landwirthschaftliche nutzbare Fläche in irgend einer Weise und von irgend Jemand bewirthschaftet wird, so muß die Summe der angegebenen Flächen schließlich die gesammte landwirthschaftliche Fläche des Großherzogthums ergeben. Damit dieses Ergebnis erzielt wird, d. h. überhaupt vollständige Angaben erfolgen, ist auf das sogleich zu bezeichnende Verhältnis besonders zu achten.

Im Allgemeinen wird ein Zweifel darüber nicht entstehen können, wer ein Grundstück bewirthschaftet, da im Allgemeinen die Bestellung des Feldes und Einheimung des Ertrags von derselben landwirthschaftlichen Betriebsstätte oder der Wohnung des Landwirths aus geschieht. Nur bezüglich der Grundstücke, deren Erträge vom Felde (auf dem Halm, auf den Schnitt u. s. w.) verkauft werden (es findet dies namentlich bei Wiesen statt), wäre ein Zweifel denkbar. Allein bei näherer Erwägung er-

Verschiedenes.

Kaiserslautern, 4. Jan. Gestern waren es 59 Jahre, daß die Spitze der russischen Avantgarde, die ersten Kosaken, in unsere Stadt einritten, nachdem in der vorhergegangenen Nacht die letzten Nachzügler der französischen Armee flüchtig durchpassirt waren. Es war damals dieselbe milde Witterung, doch schon am 10. Januar feierten die Russen ihr Neujahrstfest dahier unter sibirischer Kälte. Item: es hat noch kein Wolf den Winter gefressen. (Rhnpf.)

Berlin, 6. Jan. Von den vorgestern hier eingetroffenen Recruten sind ein großer Theil zur Cavallerie gekommen, zu welcher Truppe die Elsäßer besondere Vorliebe haben. Die Zahl derer, welche bei dem Garde-Husaren-Regimente eingestellt zu werden wünschten, war groß; leider konnten nur noch Wenige bei diesem Regimente eingestellt werden, da sich schon ein großer Theil freiwillige Elsäßer dabei befindet.

Paris, 6. Jan. Seit einiger Zeit hat man wieder das Project aufgenommen, aus Paris einen Seehafen zu machen. Es hatte sich bereits 1825 zur Ausführung eine Gesellschaft gebildet. In Folge der politischen Ereignisse und der Eisenbahnen wurde aber nichts aus der Sache. Unter dem Kaiserthum war mehrere Male die Rede davon, die Wasserstraße von Paris nach Havre so zu gestalten, daß große Seeschiffe mit ihrer ganzen Ladung nach Paris kommen könnten, ohne daß jedoch etwas Ernstliches geschah. Jetzt hat der Schiffahrts-Ingenieur Krantz (er ist Deputirter) die Sache in die Hand genommen und einen Plan ausgearbeitet, welcher die Seine bis nach Paris größeren Schiffen zugänglich macht.

Bis jetzt können auf derselben nur solche Schiffe gehen, die keinen tieferen Wassergang haben als einen Meter. Auf einer Strecke von 230 Kilometer befinden sich nämlich sieben flache Stellen, die zusammen genommen 69 Kilometer Länge haben und den Gebrauch des Flusses für große Schiffe unmöglich machen. Krantz schlägt vor, von Havre bis nach Paris zehn Schleusen zu errichten. Er glaubt, daß man auf diese Weise eine ausreichende Wassertiefe für die Seeschiffe erhalten werde und daß man durch fortwährendes Baggern die Seine in gutem Stand erhalten müsse. Die Kosten für die Arbeiten schätzt Krantz auf 18 Mill. Fr. Die Arbeiten selbst würden ihm zufolge binnen vier Jahren beendet sein. Ob das Unternehmen zur Ausführung kommt, läßt sich nicht sagen, da die Verbesserung der Wasserstraßen in Frankreich in den Eisenbahnverwaltungen, die von ihren Einnahmen nichts verlieren wollen, ihre entschiedensten und bis jetzt auch sehr mächtigen Gegner hat, und sie daher Alles aufbieten werden, um die Sache zu hintertreiben. (Köln. Ztg.)

Zu München beschäftigte sich in der letzten Woche des verflohenen Jahres das dortige Bezirksgericht in öffentlicher Sitzung mit einer Verhandlung gegen einen Hochstapler. Der Angeklagte Filsinger aus Berlin war früher als Schauspieler in Weimar, Kassel, Stuttgart engagirt, sagte aber den Mäusen Balet und trieb sich dann längere Zeit in den Spielbädern Wiesbaden, Homburg und Baden-Baden herum. Obwohl er am grünen Tische Tausende gewann, ließ er sich vor etwa drei Jahren zu derartigen Schwindelen hinreißen, daß ihm bereits damals von den preussischen Gerichten eine neunmonatliche Zuchthausstrafe zuerkannt wurde.

Nach mancherlei Irrfahrten kam er nach München. Hier trat er unter dem Namen Baron von Faye auf; durch seine feinen Umgangsmanieren und durch die Eleganz seiner Toiletten wußte er so bestechend zu wirken, daß er (der frühere Zuchthaussträfling) selbst Mitglied der hohen Aristokratie zu seinem näheren Umgange zählte. Unter allerlei Vorspiegelungen verstand der Pseudo-Baron sich große Summen Geldes zu erschwindeln, bis er eines schönen Tages aus München verschwand. Es gelang seine Spur bis Odessa ausfindig zu machen; von da aus war jeder Aufenthaltspunkt verloren, bis endlich eines Tages die Polizei in Frankfurt a. M. den Schwindler, der sich in leggenannter Stadt unter seinem wirklichen Namen Filsinger herumtrieb, entdeckte und ihn den bayerischen Behörden auslieferte. Durch Urtheil des Gerichtshofes wurde der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und zum Verlust der Ehrenrechte auf die Dauer von vier Jahren verurtheilt.

Der Bericht des Ver. Staaten-Commissars ergibt, daß, ausgenommen die Indianer-Bevölkerung in Alaska, 300,000 Indianer innerhalb der Grenzen der Ver. Staaten wohnen, von welchen 97,000 civilisirt, 125,000 halb civilisirt und 78,000 gänzlich uncivilisirt sind.

Eine aus Brasilien kommende Nachricht von dem außerordentlichen Alter eines Mannes in Rio-Janeiro — derselbe ist, wie der letzte Census ergeben haben soll, 178 Jahre alt und hat 204 Nachkommen — wird von dem brasilianischen Consulate in Liverpool bestätigt.

gibt sich und hierhin geht auch die Vorschrift, daß in diesen Fällen Derjenige als landwirthschaftend zu gelten und die Angabe zu machen hat, welcher sich im Besitz des Grundstückes befindet, für seine Rechnung dasselbe bestellt oder bestellen läßt und das Ernterträgniß verkauft. Dies folgt schon daraus, daß die Angabe nach dem Stande vom 10. Jan. zu erfolgen hat, wo allein der Besitzer Theil an dem Grundstücke hat.

Aehnliches gilt bezüglich des Baues auf Halbscheid, wo der Besitzer sein Grundstück, statt gegen Lohn, gegen Ueberlassung der Hälfte oder eines andern Theils am Ertrage anbauen läßt. Auch hier hat der Besitzer die Angabe zu machen.

Derartige Verhältnisse werden vornehmlich bei den Verwaltungen von Ländereien des Staates (der Domänenfiscus hat nahezu 16,000 Morgen Wiesen und Weinberge in Selbstbewirtschaftung), der Gemeinden, Stiftungen, Corporationen u. s. w., der Standes- und Grundherren, jedoch auch bei andern Privaten vorkommen.

Die Besitzer fraglicher Grundstücke, auch wenn sie nicht eigentliche Landwirthe sind oder keine landwirthschaftliche Betriebsstätte haben, wollen in diesen Zeilen eine Aufforderung dazu erblicken, bei der Bählung die Frage nach dem Betriebe der Landwirthschaft zu bejahen und die Grundstücke, die sie in der bezeichneten Weise bewirtschaften, einzutragen.

Nicht minder werden die Staats-, Gemeinde-, Stiftungs- u. c., standes- und grundherrlichen Verwaltungen Anlaß haben, für ihre Verwaltung in gleicher Weise zu verfahren. (Nhr. Btg.)

* Karlsruhe, 11. Jan. Höchst wichtig ist der Inhalt des Gesetzentwurfs, der sich auf die Ausbildung und Stellung des Clerus in Preußen überhaupt bezieht, und wir greifen daher für heute schon der Reihenfolge der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus vor, indem wir aus der Rede Falks den Schluß nach der „Germania“ hervorheben. Minister erklärte:

„Der Geistlichkeit soll Selbstständigkeit gewährt werden auf dem Boden nationaler Bildung und innerer Freiheit. Nach Abschluß geregelter Gymnasialbildung wird ein Triennium auf einer Staatsuniversität verlangt. Nur ein solches Studium in Seminarien bleibt gestattet, das von der Regierung anerkannt wird, und in den jetzt bestehenden Gymnasien, nur an Orten, wo keine Universität ist, nur für die einzelne Diocese. Gleichzeitiger Besuch der Universität und des Seminars ist nicht gestattet. Der Geistliche bleibt Lehrer des Volkes, der Staat verlangt also eine Staatsprüfung über allgemeine Bildung. Ferner wird verlangt staatliche Aufsicht über die Erziehungsanstalten der Cleriker und Mittel gegen einen etwaigen Widerstand gegen diese Bestimmung. Die Erziehung lediglich im Interesse der Kirche von Kindheit an ohne Kenntniß des nationalen Lebens kann der Staat nicht dulden; die Gründung neuer Knabenseminare ist also verboten, ebenso die Aufnahme neuer Pöpslinge. Für die Befehung der erledigten Pfarren werden Fristen eingeführt; die Succursal-Pfarren des rheinischen Reiches werden aufgehoben, den reversalen Pacten wird die civilrechtliche Wirkung versagt. — Die Formen des Disciplinarverfahrens werden geregelt, damit nicht eine Ueberzeugung ex informata conscientia ferner möglich. Gewisse Entscheidungen werden den Mittheilungen der Staatsregierung unterstellt, die Demeritenanstalten kommen unter Aufsicht des Staates. Als Rechtsmittel wird der recursus tamquam ab abusu eingeführt. Der Entwurf sieht auch das kirchliche Verbot vor, von einer Entscheidung der Kirchenbehörde an den Staat zu appelliren. Damit auch der Geistliche, welcher im Anfange nicht den Muth zum Recurse hat, der Willkür seines Obern entzogen werde, kann der Oberpräsident das Rechtsmittel einlegen. Ein königlicher Gerichtshof wird als Verwaltungsgericht für diesen besonderen Zweig eingeführt. Zu einem Theile besteht er aus fest angestellten, hierzu besonders tauglichen Richtern, zum andern aus Beamten, hervorragenden Gelehrten, Geistlichen u. c.; seine Verhandlungen sind öffentlich. — Ferner verlangt der Staat ein Einspruchsrecht gegen die Anstellung in gewisse geistliche Stellen. Um sich gegen die Thätigkeit der dem Staate untreuen Geistlichen zu schützen, sollen um die Einleitung des Disciplinarverfahrens Seitens des Staates die geistlichen Obern angegangen werden können, ebenso soll die Absetzung eines außerhalb Deutschland lebenden Obern verlangt werden können. Ueber diese Sache hat der Gerichtshof zu entscheiden. Schließlich bittet der Minister um schnelle Berathung, damit die Gesetze noch in dieser Session zu Stande kämen und so ein fester, dauernder Friede angebahnt würde. (Beifall und Bisphen.)“

S. Von der Yburg, 9. Jan. Rom bewegt wieder die Welt. Am 23. December hat Papst Pius IX. gesprochen. Wer sollte es glauben, daß seine Worte so furchtbares Entsetzen verursachen könnten! Seit dem „Kerasesz Pinfame!“ hören wir Tag für Tag: „die katholische Kirche ist todt, sie braucht nur noch eingefargt zu werden!“ Und nun erregen die Worte des Oberhauptes der Kirche, eines achtzigjährigen Greises, der alle Tage von der „liberalen“ Presse als „schwachhaft“, als „gänzlich unbedeutend“ behandelt und verspottet wird, einen solchen Aufruhr, daß der Telegraph und der Staatsanwalt sammt Polizei sich in Thätigkeit setzen müssen, um die Verbreitung des „Fluches“ zu verhindern. Angesichts der bisherigen Vorkommnisse, Angesichts unserer Preßzustände verfällt ein solches Treiben dem „Fluche“ der Lächerlichkeit. Damit sei genug gesagt. Die „sittliche Entrüstung“ der „liberalen“ Presse auf der ganzen Linie war nicht anders zu erwarten: die Nutznießer des Reptilienfonds müssen ihre Schuldigkeit thun. Aber die Consecrationen selbst „liberaler“ Blätter! Ist doch sogar Dr. Behrens' Pfennig confiscirt worden! Die Weise, in der er sich hat confisciren lassen, ist bereits von einem seiner Gesinnungsgenossen als eine „fast comödienthafte“ gekennzeichnet worden, so daß wir darüber nichts weiter zu sagen brauchen.

K. Von der Wundek, 10. Jan. Wie die officiösen Stimmen ankündigen, wird in der nächsten Session des deutschen Reichstages ein neuer Reorganisationsplan der deutschen Armee vorgelegt werden. „Diese letztere Ankündigung, bemerkt die „Berliner Volkszeitung“, kann aber nichts Anderes bedeuten, als daß der Compromiß, welchen der Reichstag im vorigen Jahre unter feierlichen Zusicherungen der Militärverwaltung trotz aller Warnungen bezüglich des Pauschquantums eingegangen ist, aufgehoben werden solle, um einem bedeutend erhöhten Militärbudget Platz zu machen.“ Also eine bedeutende Erhöhung des Militärbudgets! Daß daneben die deutsche Regierung auf eine Erhöhung der Tabaksteuer ausgeht, melden tägliche Mittheilungen aus den Kreisen der Tabakproducenten. Wer möchte nach diesen und anderen Dingen noch daran zweifeln, daß an eine Verminderung oder an einen Erlaß von Steuern nicht zu denken ist! Das sind lautredende Thatsachen. Aber die Kirchenpolitik beschäftigt die Geister so gewaltig, daß sie weder Auge noch Ohr haben für das, was dem Volke wirklich Noth thut.

* Offenburg, 9. Jan. Der „Ortenauer Bote“, eines der gehässigsten Blättchen der amtsverkündigenden Winkelpresse, hatte sich herausgenommen, einen der angesehensten hiesigen Katholiken mit den persönlichsten Schmähungen zu überhäufen. Vor dem Schöffengericht zur Rechenschaft gezogen, wurde der Redacteur des Ortenauers zu 50 fl. Geldstrafe und zu den Proceßkosten verurtheilt. Damit beruhigte sich indessen der schwer gekränkte Ankläger nicht, und in der Recursinstanz wurde nun der Redacteur zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt, wobei die Entscheidungsgründe dahin lauteten, daß die im „Ortenauer Bote“ enthaltene Beleidigung eine solche sei, wie sie schwerer kaum gedacht werden könne und daß sie den Beleidigten nicht etwa als kirchlichen Parteiführer, sondern recht eigentlich als Menschen treffe. Da nun die Sitzzeit des Redacteurs zu Ende geht, so bereiten sich die Liberalen vor, wie der „Anzeiger für Stadt und Land“ berichtet, ihm vom Gefängniß aus bei seiner Entlassung eine mit Ostentation auszuführende Ovation in Form einer solennen Heimbegleitung zu bereiten. Dazu bemerkt das genannte Blatt:

„Jeder Unbefangene hält diese Heimbegleitung für nichts Anderes, als eine Demonstration und eine darin liegende Verhöhnung eines Urtheilspruches des hiesigen Gerichts gleichsam unter den Augen eben dieses Gerichtshofes. Wir fragen nun: Ist Solches eines Mannes würdig? Ist es erlaubt und ist es sittlich? Das Urtheil eines jeden Gerichtes ist bis jetzt stets geachtet worden und selbst ein Berurtheilter nimmt mit Resignation dasselbe an. Die Freunde des Ortenauers scheinen aber von anderen Gesichtspunkten auszugehen, sonst würden sie nicht denjenigen verherrlichen, der in frevelhafter Weise die Ehre seines Mitbürgers zu untergraben versuchte. Die Sittsamkeit seiner Freunde scheint wahrlich auf anderen Grundlagen zu ruhen, als sie in den Lehrbüchern der Ethik gewöhnlich vorkommen.“

⊠ Vom Mittelrhein, 10. Jan. Wir haben bis dato einen italienischen Winter. Wenn er sich consequent bleibt, wollen wir ihm dankbar sein. Jetzt schon gewährt er den nicht unbedeutenden Vortheil, daß viele Brennmaterialien gespart werden, und hoffentlich wird er auch ein gesegnetes Erntejahr vorbereiten. Die Reblente wenigstens haben die

besten Aussichten, namentlich weil das Holz bisher recht zeitigen konnte. Möge ihnen Fortuna besser lächeln als im vorigen Jahre! Ein guter und billiger Wein wird auch von uns Rheinländern nicht verschmäht. Der Winter von 1834 hat, wie man sagt, einen ähnlichen Charakter gehabt, so daß im Februar bereits die Kirchenbäume blühten und überhaupt eine der reichsten Ernten dieses Jahrhunderts erfolgte. Bekanntlich steht auch der 34er Wein in gutem Andenken. Störche haben wir übrigens bis jetzt noch keine gesehen; auch die Oberhausener, wenn's keine Sedacher Störche gewesen sind, scheinen dem Bruch wieder den Rücken gekehrt zu haben, wenigstens ist seitdem kein Bulletin mehr erschienen. Die gegenwärtigen Nebel verursachen übrigens viele Krankheiten, namentlich Lungenentzündungen bei Erwachsenen. Unter den Kindern herrschen die Masern, so daß in manchen Gemeinden die Schulen geschlossen werden mußten; doch nehmen sie mit wenigen Ausnahmen einen guten Verlauf. Politifiren hört man bei den Landleuten zur Zeit wenig; der Ueberreiz in Folge der letztjährigen Wahlbewegungen scheint eine natürliche Abspannung nach sich gezogen zu haben. Man fühlt sich müde. Damit sei jedoch nicht gesagt, daß unser katholisches Volk zur rechten Zeit nicht wieder auf seinem Posten stehen wird. Der „confiscirte Papst“ wird zweifelsohne seine Wirkung nicht verfehlen. Blinder Eifer schadet nur, das werden die Feinde der Kirche auf's Neue empfinden müssen.

* Mannheim, 10. Jan. Der Redacteur des „Pfälzer Boten“, Herr Berberich, war von dem Schöffengericht in Heidelberg wegen Beleidigung des F. S. Eichelser von Strümpfelbrunn zu einer Geldstrafe von 40 Thalern verurtheilt worden. Von der Recurskammer wurde diese Strafe heute auf 25 Thaler herabgesetzt.

München, 7. Jan. In der Dachauerstraße zu München betrieb seit längerer Zeit, schon vor Entstehung der sogenannten Dachauer Banken, eine Privatierin und „Inhaberin einer Agentur für kaufmännische Artikel“, Th. Ulseß ein Geldleihgeschäft, bei welchem Kapitaleinlagen zu enormen Procenten entgegengenommen wurden. Man hätte glauben sollen, daß der Zusammenbruch der Dachauer Banken auch diesem „Geschäfte“, welches natürlich auf derselben unsoliden Basis ruhte und ruhen mußte, den Garaus hätte machen müssen, doch im Gegentheil — seit diesem Zeitpunkt kam das Ulseß'sche Geschäft erst recht in Blüthe, die Bauern drängten sich förmlich, um ihrer Gelder daselbst „vertrauensvoll“ los zu werden, ja sie brachten sogar, damit das „Fräulein“ ihre Einlagen nicht zurückweise, reiche Geschenke, wie Butter, Schmalz, Eier u. c. mit, so zwar, daß, als vor einigen Tagen die Behörde daselbst Nachsicherung halten ließ, ihr Keller das Bild einer wohl eingerichteten Victualienhandlung bot. Diese Nachsicherung lieferte aber auch noch, wie man vermuthet, so reichliches anderweitiges Material, daß die Inhaberin der „Agentur“ (die Bezeichnung „Bank“ vermied sie sorgfältig) wegen dringenden Verdachtes des Betruges arretirt und in gerichtliche Untersuchungshaft gesetzt wurde. (Frf. B.)

Speyer, 10. Jan. Der Münchener Correspondent der „Allg. Z.“, bekanntlich Dr. Martin Schleich, der noch immer den Muth hat, trotz des entschiedensten Mißtrauensvotums seiner Wähler, für einen „ultramontanen“ Wahlbezirk in der Kammer zu sitzen, geht noch viel weiter als die preussischen Officiösen, indem er sogar aus der päpstlichen Allocution eine Majestätsbeleidigung des Königs von Bayern herauswittern will. Der arme Mann, dessen sabel Wize keine Abnehmer mehr finden, scheint sich nach einem andern Erwerbzweig umzusehen und beim preussischen Stieber zur Verwendung als Spiegel empfehlen zu wollen. (Pf. Btg.)

Darmstadt, 10. Jan. Die „Darmstädter Btg.“ publicirt die Grundzüge der neuen Geschäftsordnung, welche dem am 15. d. M. zusammentretenden Landtage vorgelegt werden soll. Dieselbe erweitert wesentlich die Selbstständigkeit der Kammer und läßt einen beschleunigteren Geschäftsgang wie die Berathung von Regierungsvorlagen und Anträgen ohne Verweisung an die Ausschüsse zu.

Berlin, 8. Jan. Nach den Andeutungen des römischen Correspondenten der „Spen. Btg.“ scheint noch keine Entscheidung darüber getroffen zu sein, ob während der Abwesenheit des Prin. Stumm der bayer. Gesandte Graf Tauffkirchen die leitenden Geschäfte der deutschen Gesandtschaft besorgen wird. Mit mehr Wichtigthueri als Sachkenntniß bemerkt das den Regierungskreisen nahe stehende Blatt weiter, es bleibe abzuwarten, ob eine derartige provisorische Verfügung im Sinne des Art. VII. des Schlußprotokolls zum Vertrage vom 23. Nov. 1870

werde getroffen werden. Der angezogene Artikel spricht jedoch nur von einer Vertretung des zeitweilig behinderten deutschen Gesandten durch denjenigen Bayerns. Der jetzt auf unbestimmte Zeit von Rom beurlaubte Legations-Secretär Stumm war jedoch nicht deutscher Gesandter, ja nicht einmal deutscher, sondern nur preussischer Geschäftsträger bei der Regierung Sr. Heiligkeit, und so wenig also hier der erwähnte Artikel Platz greift, so wenig entspricht es dem diplomatischen Herkommen, einen Geschäftsträger durch den Gesandten einer andern Macht vertreten zu lassen. Das ist die formelle Seite der Sache. Materiell ist in der fraglichen Angelegenheit noch der Umstand zu erwägen, daß Graf Tauffkirchen in neuerer Zeit viel zu sehr sich nach der ultramontanen Seite geneigt hat, als daß er hier noch eine persona grata sein und Fürst Bismarck sich geneigt finden könnte, diesem Diplomaten die Vertretung seiner Politik bei der römischen Curie anzuvertrauen, wenn er überhaupt noch Preußen oder das Reich bei der Curie vertreten wissen wollte. Aber eine solche Vertretung liegt nicht in seinen Intentionen, weil er sonst ja den Hrn. Stumm nicht von Rom abberufen haben und man in Preußen schwerlich so schroff gegen die kathol. Kirche vorgegangen sein würde, als es geschehen ist und täglich geschieht. — Der gestern Morgen auf seinem in Ostpreußen belegenen Gute im 74. Jahre am Herzschlage gestorbene Rittergutsbesitzer v. Sauten-Julienfeldt, war, gleich den Gebrüdern von Auerwald, ein Jugendfreund des Kaisers und früher ein eifriger Altliberaler. Wie jene, begann er seine politische Thätigkeit auf dem Provinziallandtag, setzte sie im vereinigten Landtag fort, war dann Mitglied der Verfassungs-Commission und ging während der Conflits-Periode zur heftigsten Opposition über, was ihm die Ungnade des Kaisers zuzog. Nach 1866 schloß er sich den Nationalliberalen an, nur noch von seinem früheren Ruhm zehrend. Weniger Beachtung schenken unsere liberalen Blätter dem Andenken des vor einigen Tagen dahingegangenen Fürsten Radziwill, weil derselbe für ultramontan galt, jeder Ultramontane aber heute in den Augen des liberalen Pöbels ein Feind des Staates, des Reiches und überhaupt alles Guten ist. Und doch würde es den Liberalen schwer fallen, uns auch nur einen einzigen Menschen aus ihren Reihen zu nennen, der so viel Gutes für die Gemeinde, den Staat und das Reich gestiftet, der ohne Ansehen der Person und der Confession so große Werke der Barmherzigkeit verrichtet hätte, als der Fürst Boguslaw Radziwill. Der warme Nachruf, welchen das Central-Comité der deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger diesem edlen Manne widmet, ist daher ein wohlverdienter. — Unbefangene Männer, welche in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zugegen waren, gestehen, daß die Erklärungen des Ministers des Innern auf sie einen höchst kläglichen Eindruck gemacht haben. Auch die Sprache der liberalen Blätter verräth, daß sie durch die Erklärungen des Ministers nicht befriedigt sind. Trozdem werden die Liberalen in dem Feldzuge gegen die kathol. Kirche sich als Hilfsstruppen gebrauchen lassen, um dafür später den verdienten Lohn in Form moralischer Fußtritte zu erhalten. (K. B. Z.)

Berlin, 9. Jan. Der Fürst Bismarck ist heute unmittelbar mit Unterschrift seines Namens einer Zeitungs-Correspondenz entgegengetreten, die freilich sowohl den Souverän als den Fürsten Bismarck direct redend eingeführt und auch die Kaiserin in die Debatte gebracht hatte. Ob der betheiligte Correspondent auch noch zur Untersuchung gezogen werden wird, steht dahin, und betrübend ist es, daß die in einem großen Theile Altpreußens noch immer bestehende Criminal-Ordnung, wenigstens nach mehrfacher Entscheidung des Obertribunals, den Behörden das Recht gibt, im Zwangswege von einem Zeitungsredacteur den Namen seines Mitarbeiters und Correspondenten zu erforschen. Die Sache ist schon wiederholt im Abgeordnetenhause debattirt worden, ohne indeß zu irgend einer Abhülfe geführt zu haben. (Trkf. Z.)

Berlin, 9. Jan. Die lange verheißenen Gesetzesentwürfe sind — begleitet von einer phrasenreichen „nationalen“ Rede des Cultusministers — heute eingebracht. Um uns nicht von gerechter Entrüstung hinreißen zu lassen, geben wir hinsichtlich des Inhalts nur das treffende Urtheil des Abgeordneten v. Mallinckrodt wieder: „Durch äußere Gewalt und innere Revolutionirung soll die Auflösung der katholischen Kirche des Landes und damit der Frieden des Reiches erreicht werden.“ — Mit Genugthuung verzeichnen wir, daß die heuchlerische Maske der „Verfassungstreue“ endlich gefallen und — wenn auch mit Augenverdrehen — vom Mini-

ster selbst zugestanden ist, daß die jetzige Kirchenpolitik der Verfassung widerstreite. (Germ.)

Berlin, 10. Jan. Abgeordnetenhause. Auf die Interpellation Mallinckrodt's betreffend das Verbot der Veröffentlichung des auf Deutschland bezüglichen Passus der päpstlichen Weihnachtsallocution erwiedert der Minister des Innern: Ein bezügl. Ministerialerlaß sei ergangen. Die Regierung habe ein definitives Urtheil über die Strafbarkeit nicht zu fällen und nur ihre Ansicht mitgetheilt, nach welcher die betreffende Stelle strafbar sei. Sie habe die Behinderung der Veröffentlichung deshalb für angemessen gehalten. Das dem Erlasse vorausgeschickte Avertissement an die Oberpräsidenten war gesetzlich weder erforderlich noch verboten. Damit sei kein Gesetz übertreten, vielmehr wohlwollend den Redaktionen entgegengekommen. Es sei richtig, daß die Maßregel von der Wilhelmstraße ausgegangen sei, weil es im auswärtigen Amte darauf ankam, gerichtlich festzustellen, daß die Allocution Verleumdungen enthalte, welche zu Verfolgungen gegen die Urheber Anlaß gäben, wenn eine Jurisdiktion bestände, welcher dieselben unterworfen wären. Der Erklärung des Ministers des Innern folgte eine lange Discussion, an der sich die Abgg. Windthorst (Dortmund), Engelsen, Lasker, Windthorst (Weppen) und Löwe betheiligten. Lasker sagte gegenüber von Mallinckrodt und der Centrumspartei im Ganzen: „Wenn Sie mit Rom sich weiter identificiren, so werden Sie immer weiter von den nationalen Zielen entfernt, auch wenn Sie es nicht wollen!“ Nach endlicher Annahme des Schlusses der Debatte wurde die Verathung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Berlin, 10. Jan. Fürst Bismarck ist heute mit seinem jüngsten Sohne zu einem mehrtägigen Aufenthalte nach seinen Lauenburgischen Besitzungen abgereist.

Ausland.

Bern, 10. Jan. Der Bundesrath dementirt officiell die Gerüchte, wonach die Direction der Gotthardbahn beabsichtige, die Linie Bellinzona-Magadino-Pino aufzugeben; dieselbe soll vielmehr zweispurig angelegt werden, wozu im Vertrage keine Verpflichtung ausgesprochen ist.

Wien, 10. Jan. Die „Presse“ erfährt, daß Thiers den französischen Botschafter beim österreichischen Hofe, Marquis de Banneville, beauftragt habe, dem Grafen Andrassy das tiefe Bedauern der französischen Regierung über den Gramont'schen Incidenzfall auszudrücken.

Verailles, 9. Jan. Die Nationalversammlung setzte die Verathung des Broglie'schen Antrages auf Reorganisation des obern Rathes für den Unterricht fort. Broglie und Dupanloup vertheidigten den Antrag auf das Lebhafteste. Der Unterrichtsminister spricht morgen.

Paris, 9. Jan. Die Nachricht vom Tode Napoleons wurde hier um 3 Uhr bekannt und verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch ganz Paris. Fast überall konnte man hören, daß die Todesbotschaft mit Befriedigung aufgenommen wurde; die Erinnerung an alles Unheil, welches der Kaiser über Frankreich gebracht, wurde wieder wach gerufen, die härtesten Ausdrücke flossen, und nur selten vernahm man ein milderes Wort. An der Börse, wo die Kunde gleich nach 3 Uhr bekannt wurde, brachte sie ein Steigen der Werthe hervor. Die Rente, welche officiell zu 53.82 geschlossen, stieg sogar bis auf 54, weil man eben in dem Tode des Kaisers ein günstiges Ereigniß für die Ruhe Frankreichs sah, und glaubte, daß eine der größten Schwierigkeiten der Lage beseitigt sei. Die Bonapartisten dürften dennoch ihren Planen nicht ganz entsagt haben, wenn sie auch statt des dritten nur den vierten Napoleon auf den Schild heben. Ein harter Schlag aber ist für sie der Tod des Kaisers jedenfalls, da die Armee keine Sympathie für das kaiserliche Kind hat und die, welche am Kaiserreiche hängen, weiß sie früher mit ihm Geld verdienten, nicht das geringste Vertrauen zu dem Sohne des Verstorbenen haben. In Versailles wurde die Nachricht während der Sitzung bekannt und erregte große Sensation. Es war der ehemalige Polizei-Präsident Pietri, welcher sie Rouher mittheilte; letzterer schien in größter Bestürzung zu sein. Der Tod des Kaisers könnte zu einer Spaltung unter den Bonapartisten Anlaß geben, da angeblich ein Testament besteht, welches die Kaiserin mit der Oberleitung der bonapartistischen Anstrengungen beauftragt, während der Prinz Napoleon und sein Anhang fest entschlossen sind, sich nicht vor der „Spanierin“ und der Partei, an deren Spitze sie steht, zu beugen. (Köln. Ztg.)

Paris, 10. Jan., 8 Uhr 20 Min. Morgens. Mit eisiger Kälte registriren der „Soir“ und die heutigen Morgenblätter Napoleons Tod und den günstigsten Börseneindruck dieses Ereignisses. Die Blätter halten Napoleon seinen Sündenpiegel vor. Gesamts Frankreich ist ruhig.

London, 9. Jan. Ueber die letzten Stunden Napoleons gehen folgende Nachrichten ein: die behandelnden Aerzte besuchten den Kaiser während der Nacht und fanden denselben in tiefem ruhigen Schlaf; des Morgens beschlossen sie, die Operation des Mittags zu wiederholen. Gegen 10 Uhr 25 Minuten traten Symptome sinkender Herzthätigkeit ein, plötzlich hörte der Herzschlag auf. Der Kaiser starb 10¹/₄ Uhr Vormittags, nicht wie zuerst gemeldet 12¹/₂ Uhr Mittags.

London, 10. Jan. Napoleons Ableben erregt hier allgemeines Bedauern. Fast alle Morgenzeitungen bringen Artikel wärmster Theilnahme. Die Kaiserin und der kaiserliche Haushalt umstanden das Sterbebett. Als das eine Zeit lang geschwundene Bewußtsein momentan wiederkehrte, sprach der Kaiser zweimal leise zur Kaiserin. Der Tod trat plötzlich ein, anscheinend schmerzlos, und wurde für eine Ohnmacht gehalten. Der kaiserliche Prinz traf erst nach dem Ableben des Kaisers ein. Die Leichen-Section findet wahrscheinlich heute statt. Die vorläufige Beisetzung erfolgt in der Marienkirche.

Petersburg, 9. Jan. Der Großfürst-Erbfolger hatte den ganzen Nachmittag den erquickendsten Schlaf. Der Pulsschlag ist heute fast normal; auch das sonstige Befinden ist äußerst zufriedenstellend.

Kopenhagen, 8. Jan. Das vom Kriegsminister dem Folkething heute vorgelegte Armeegesetz verlangt für das Landheer jährlich 220,000, für die Flotte 73,000 Rd., sowie für Befestigungsanlagen und Schiffe eine Summe von 17 Millionen, welche auf 8 Jahre vertheilt werden soll. Der Kriegsminister hob hervor, daß die Vorlage auf eine Politik des Friedens und der Neutralität gebaut sei, welche jedoch aufrecht zu halten man Willens und im Stande sein müsse, wenn auch das kleine Dänemark in die europäische Waage kein Gewicht werfen könne.

Washington, 10. Jan. Staatssekretär Fish hat an den amerikanischen Gesandten in Madrid, Hrn. Sickles, unterm 29. Dec. v. J. eine Depesche gerichtet, worin dem Bedauern der Unionregierung über die Erfolglosigkeit der Bemühungen, die Sklaverei auf Cuba abzuschaffen, entschieden Ausdruck gegeben und gesagt wird: Die Union könne die Situation nicht ohne Sorge betrachten, da Spanien, falls es dem fortgesetzten Zuwiderhandeln seiner Anordnungen nachsehe, die Unfähigkeit, den Aufstand zu beherrschen, documentire. Amerika's Neutralität sei schwierig, dasselbe könne durch die Umstände zu einer Aenderung seiner Politik gezwungen werden. Amerika's Geduld wäre erschöpft, wenn die gemachten Zusicherungen nicht erfüllt und seinen Beschwerden nicht abgeholfen würde.

Hopfen.

Nürnberg, 3. Jan. Das heutige Geschäft blieb Anfangs auf wenig Abschlüsse beschränkt; Käufer und Verkäufer blieben zurückhaltend, erst gegen Mittag kam das Geschäft etwas in Zug und Abschlüsse haben keine Veränderung nachzuweisen. Die Notierungen lauten: Marktwaare prima 85 bis 95 fl., do. secunda 72-78 fl., do. tertia 62-70 fl., Mißgründer prima nominell 85-95 fl., do. secunda 70-75 fl., Bitterberger prima 95-100 fl., do. secunda 70-78 fl., Gebirgshopfen prima fehlen 90-100 fl., do. secunda 70 bis 80 fl., Elsässer prima 92-95 fl., do. secunda 68-75 fl., Hallertauer prima 95-105 fl., do. secunda 75-88 fl., Altmärker 55-60 fl., Spalter Stadtfiegel 125-140 fl., Spalter Land, bevorzugtes Siegel 120-125 fl. (N. S. Z.)

Bitte an wohlthätige Herzen.

Ein Lehrer, der früher mehrere Jahre lang an einer Schule der Residenz erfolgreich wirkte, liegt seit zwei Jahren körperlich und geistig schwer erkrankt in . . . auf dem Schmerzenslager. Von der dem Unglücklichen zugewiesenen Pension von kaum dritthalb hundert Gulden sollen außer ihm eine Frau und fünf Kinder ernährt werden! — Daß dies in unsern Tagen eine reine Unmöglichkeit ist, wird Jedermann einsehen. — Bisher reichten die geringen Ersparnisse aus bessern Tagen, das Vermögen der Frau und die Unterstützungen befreundeter Amtsgenossen hin, das Elend einigermaßen zu lindern; allein da auch diese Quellen jetzt versiegt sind, wird die jammervolle Lage des Unglücklichen immer verzweiflungsvoller. Daher halten wir es für heilige Pflicht, dem Bedrängten in seiner Noth durch Anrufen der öffentlichen Wohlthätigkeit beizustehen. Wir sind überzeugt, daß trotz der gesteigerten Ansprüche an die Opferwilligkeit, welche durch die Noth an der Dürre hervorgerufen wurden, edel denkende Menschenfreunde aus Nah und Fern immer noch ein Schärlein auch diesem Schwergelückten zuwenden werden. (Die Expedition wird gerne bereit sein, Gaben für den unglücklichen Mann und seine arme Familie entgegenzunehmen.)

Bedrängt durch die Noth des Dr. . . .

